

Volks-Zeitung

Gescheftstele: Die Rutsche, Berlin-Zentral.

Einheitsbrot.....	0,20	Reichsindex.....	122,4
Milch.....	0,31	Strassenbahn.....	0,15
Briketts frei Haus.....	1,50	Hochb. Flstr. II, 0,20, III, 0,15	
Gas koks frei Keller 215	same Str. II, 0,20, III, 0,20		
Strom o. Grundgeb.....	0,16	Stadtbahn II, 0,25, III, 0,15	
Gas 0,16, Wasser.....	0,15	Omnib. Teil 0,15, g. Str. 0,20	

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fischen genügend	Preise fast unverändert
Seelachs 0,30-0,35, Schellfisch 0,30-0,35	bis 0,20 das Stück, Auf Eis und lebend:
Kabeljau 0,40-0,60, Flundern, frisch 0,40 bis	Aale 1,20-1,30, Schleie 1,10-1,20, Karpfen
0,70, Rotzungen 0,40-0,70, Rotbars 0,35 bis	0,80-1,10, Zander 1,00-1,40, Hechte 0,90 bis
0,40, Heringe, grün 0,30-0,35 das Pfund;	1,20, Barsch 0,60-0,80, Hei 0,40-0,60, Plötze
Heringe, gesalzen 0,60-0,70, geräucherter 0,20	0,30-0,40 das Pfund, Eier 0,11-0,17 d. Stück

Druck und Verlag: Rudolf Wolff, Berlin.

Tel. 0,15, ausw. n. Zeit	Telegr. d. Wort Berlin 0,05
Rechnungs-K. 0,20, Brief 0,40	Dtschl., Belg., Dän., Danz., Lit.,
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung. 0,10	Postk. 0,05, F. u. Ost. 0,05
Brief 0,05, Fern-u. Ost. 0,10	Ndrl., Schwed., Frankr., Alb.
Ausl. 0,25, Tschech. u. Ung. 0,20	Dtschloster-, New-, Tschech. 17
	Ital., Ungarn 21, Grossbr. 27
	Russl. 35-41, Ver. Staa. 15-20

Die Republik den Republikanern!

Auf dem Wege zur republikanischen Union
Besprechungen zwischen Wirth, Löbe und Haas in Genf
Die nächste Aufgabe: Aufstellung eines Arbeitsprogramms und der Mindestforderungen



Der Startschuss zur Turn- und Sportwoche
Oberbürgermeister Böss gibt den Damen das Startzeichen zur Industriestaffel

Transatlantico



Die Jubiläumsfeier der Berliner Sängervereine
Der Wagen der „Caecilia Melodia“ im Festzug durch die Strassen Berlins



Nürnbergers Panoptikum
Die Ausreisser von 1918 nehmen bei dem „Armees- und Marine-Tag“ die Parade der unheilbaren Untertanen ab

Press-Photo-N.



Eröffnung der Leipziger Herbstmesse
Der Umzug der Reklameträger; oben rechts: originelle Sandwichmänner

Schlauer

Genf, 30. August.
Zwischen dem Reichstagsabgeordneten, Kanzler a. T. Dr. Wirth, dem Reichstagspräsidenten Löbe und dem früheren baltischen Staatsrat Dr. Ludwig Haas, die aus Anlaß verschiedener internationaler Veranstaltungen sich gegenwärtig in Genf aufhalten, haben im Laufe der beiden letzten Tage Besprechungen über das Ziel der republikanischen Union und über die Mittel zu ihrer Verwirklichung stattgefunden. Hierbei das Ergebnis dieser Unterredungen kann folgendes festgestellt werden:

Wie bekannt, beschloß Dr. Wirth gemeinsam mit Löbe und Haas mit einer republikanischen Zeitschrift eine politische Arbeits- und Kampfgemeinschaft von entschiedenen republikanisch und demokratisch gesinnten Frauen und Männern zu sammeln. Diese Zeitschrift ist jetzt gefestigt. Das Ziel, das durch die republikanische Union erreicht werden soll, ist jedoch keineswegs ein rein literarisches. Unter voller Abstützung und Leitung der bestehenden politischen Parteien und ihren Zielen soll der Gehalt von der Notwendigkeit der reiflichen Verwirklichung der deutschen Republik verbreitet werden. Der Kampf für die Republik ist nicht nur notwendig, wenn sie in ihrem Bestande bedroht ist,

es muß auch dafür gekämpft werden, nicht als bisher, daß die Republik nicht der rationalen Staat in den Händen der Feinde der Republik wird.

Mit der staatspolitischen Erkenntnis der Notwendigkeit der Republik für Deutschlands Zukunft sowie eine ruhige und erfolgreiche außenpolitische, innenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung ist es unvermeidbar, daß durch einen Bürgerkrieg das deutsche Volk in zwei Lager zerrissen wird und weite Schichten des arbeitenden Volkes in eine den heutigen Staat verneinende Opposition getrieben werden. Aufgabe einer wahrhaft nationalen Politik ist es vielmehr, jene Schichten des Volkes, die nichts ihr eigen nennen, als die Kräfte des Körpers und Geistes und denen nur ihre Arbeit das tägliche Brot gibt, zur freudigen Bewahrung des Staates zu führen. Es heißt die Gefahr, daß diese große Schicht des Volkes, die besten Mehrheit ist, durch eine sinnlose Bürgerkriegspolitik in eine Entfremdung gegenüber dem heutigen Staat gedrängt wird. Es ist nicht länger zu ertragen, daß in unverantwortlicher Weise die Staatsaufrechterhaltung nur nach links, nicht nach rechts ausreichend verteidigt wird. Damit steht man vor dem schweren Problem der deutschen Rechtspflege, deren Krisis für jeden offensichtlich ist, der für Staat und Gemeinschaft einen Sinn hat. Wenn auch gewiss vor Verlegenheiten der Reihe unverantwortlicher Helfer von Staatsanwaltschaften und Gerichten das Vertrauen des Volkes in die Rechtspflege tief erschüttert wird. Ein Widerspruch klafft zwischen Staat, Volk und Welt. Laichen zwischen den Elementen der Gemeinschaft tiefen Gegensatz auf, dann ist die Einheit der Nation bedroht. Aus ja elementaren Erwägungen heraus

muß Front dagegen gemacht werden, daß man christliche und maßlose Menschen lediglich deshalb verfolgt, weil sie Republikaner sind. Der bittere und beschämende Satz muß ausgesprochen werden: Man muß Platz schaffen den Republikanern in der deutschen Republik!

Die Verwaltung in weitestem Sinne muß zur bewußten Trägerin des neuen Staates ausgebildet werden. Richter und andere Beamte, die als Träger der Staatshoheit den neuen Staat nicht nur verneinen, sondern pflichtvergessen

Schnelldienst

Das Ergebnis der Reichstagswahlen an obersteinsten Verbanen läßt eine ernste Schwärzung der politischen Bewegung in Deutschland erkennen.
Die sozialdemokratische Partei behauptet, daß der Kampf der deutschen Reichsparteien und insbesondere der sozialistischen Fraktion der Nationaldemokratischen Partei gegen den Außenminister Dr. Brüning ein politisches Spiel sei.
Der Widerspruch im obersteinsten Verban, der eine Rohmerhöhung von 5 Prozent vorseht, ist jetzt von den Arbeit-

nehmerverbänden abgelehnt worden.
In der Genfer Weltwirtschaftswoche heute vormittag die Gründung des Internationalen Friedenskongresses unter harte Beteiligung aus fast allen Ländern statt.
Der Wähltag eines Handelsparlamentarismus zwischen der Türkei und Spanien für die Dauer von sechs Monaten fest besetzt.
Von Senator Frank angeführte Bewegung, die Aktion des amerikanischen Senats für den Verkauf an den Weisheitshof in Washington zu machen, gewinnt in allen politischen Parteien Amerikas Anhänger.

